

Atombomben und Rentenlücke

Bundestagswahl Bei der Podiumsdiskussion der NECKARQUELLE meldeten sich auch die vielen Zuhörer mit ihren Fragen zu Wort. Sorgen um die Zukunft und die Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems waren die großen Themen. *Von Berthold Merkle*

Als die Zuhörer das Wort hatten, ging es plötzlich um Atombomben. Der Villingener Hans-Georg Reinsch hält es für einen Skandal, dass diese furchtbaren Waffen noch immer in Deutschland lagern und sogar „noch verbessert“ werden. Die Politiker auf dem Podium waren einigermaßen überrascht, denn schließlich sind die großen Debatten über Atomwaffen schon einige Jahre her. Marcel Klinge (FDP) musste denn auch zugeben, dass er sich „noch gar keine Gedanken gemacht“ habe. AfD-Mann Joachim Senger hatte bei diesem Punkt eine klare Meinung: Nein zu Atombomben. Ebenso dachte auch der Grüne Volker Goerz: „Atomwaffen, nein dankel!“ Der CDU-Abgeordnete Thorsten Frei lobte dagegen den Schutzschirm, den die US-Armee über Deutschland ausbreitet und wollte sich daher nicht gegen die Atomwaffen aussprechen. Sein SPD-Konkurrent machte es sich nicht so einfach, sondern erinnerte daran, dass Atomwaffen für alle das Ende bedeuten. Man müsse daher alle Atomwaffen weltweit abschaffen.

Waffen aus Oberndorf

Auch die Waffen ganz aus der Umgebung, aus Oberndorf, waren ein Thema, Manuel Arenas kann nicht verstehen, warum die Politiker seit Jahrzehnten nichts dagegen unternehmen, dass in seiner südamerikanischen Heimat und anderswo auf der Welt täglich Menschen durch deutsche Gewehre sterben müssen. Der Grünen-Kandidat Goerz war bei diesem Thema bestens präpariert und konnte sagen, dass die Waffenschmiede nicht mehr erfolgreich ist. Während Betriebe, die auf zivile Produkte umgestiegen seien gute Geschäfte machten, schreibe die Oberndorfer Waffenfabrik „rote Zahlen“. Waffen sind aber für den Grünen nicht generell zu verdammen. Schließlich müssten Jäger und Polizisten ja schießen können. Er sprach sich aber für ein Exportverbot „außerhalb der Nato“ aus.

Pflegekräfte aus dem Ausland

Die Schwenningerin Gaby Speck lenkte den Blick auf ein Thema, das die meisten im Saal schon jetzt oder später bestimmt betrifft: Die demografische Entwicklung, die dafür Sorge, dass immer mehr Menschen Pflege brauchen. Hat die Politik hierfür Ideen und Konzepte? Oder bleiben nur noch ausländische Pflegekräfte als Lösung? CDU-Mann Frei nahm diese Fragen als willkommenen Anlass, die Verdienste seiner Partei in den letzten Jahren zu loben. Mit der dritten Stufe des Pflegegeldgesetzes habe man die Grundlagen für die Zukunft geschaffen. Mit zusätzlich zwei Milliarden Euro,



Thorsten Frei (links) stellte sich den Fragen von Diskussionsleiter Dr. Ralf Trautwein. Marcel Klinge (FDP), Patrick Bausch(Linke) und Joachim Senger (AfD) warten derweil gespannt auf ihren Einsatz. *Fotos: Benjamin Rebstock*



Waren öfter einer Meinung bei der Podiumsdiskussion: SPD-Kandidat Jens Löw (links) und der Grüne Volker Goerz.

die in die Rücklagen einbezahlt worden seien, habe die Regierung „Vorsorge für die geburtenstarken Jahrgänge getroffen“. Auch Jens Löw, der SPD-Kandidat, konnte sagen, dass sich bei der Pflegeversicherung „einiges verbessert“ habe. Das Problem sei aber, dass es zu wenige Pflegekräfte gebe. Die ausländischen Kräfte würden zurückgeschickt. Löw plädierte in diesem Zusammenhang „für eine Willkommenskultur“. Denn ohne die Hilfe aus dem Ausland „haben wir keine Chance“ Lothar Schropp griff in seinem Diskussionsbeitrag

auch ein soziales Thema auf und verlangte Auskunft, wann denn endlich der Zusatzbeitrag der Arbeitnehmer für den Krankenkassenbeitrag abgeschafft wird. Er stellt sich gleich hohe Zahlungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern vor.

Zusatzbeitrag streichen?

Diese Ansicht traf beim SPD-Kandidaten auf fruchtbaren Boden. Jens Löw warb für sein Konzept der Bürgerversicherung, ein „gerechteres Gesundheitssystem“ möglich mache. Dies ist auch die Meinung des



Engagierte Debattenbeiträge aus dem Publikum: Hans-Georg Reinsch (links) und Lothar Schropp (rechts).

Grünen Volker Goerz. Er will auch eine „Bürgerversicherung, wo alle einzahlen“ und den Zusatzbeitrag abschaffen. Der CDU-Bewerber dagegen hält dies für einen falschen Weg. Man müsse die Lohnnebenkosten in den Griff bekommen, denn dies sichere die Arbeitsplätze. Deshalb will Frei die Arbeitnehmer nicht vom Zusatzbeitrag befreien. Dagegen will die AfD den Zusatzbeitrag streichen und dafür sorgen, dass beide Seiten wieder in gleicher Höhe einzahlen. Die FDP setzt bei den Kosten fürs Gesundheitssystem an. Die



müssten sinken. Für die Versicherten sei es positiv, wenn wieder mal Wettbewerb unter den Krankenkassen herrsche, meinte Marcel Klinge. „Das gab es schon mal im alten System.“

Versicherung für alle

Die Bürgerversicherung führte der SPD-Kandidat erneut ins Feld, als Hans Müller aus dem Publikum die Pensionen für die Beamten kritisierte. Überall werde nur über die Renten gesprochen, nicht aber über die Bezüge der Beamten, „die 50 Prozent darüber liegen“. Und über-

dies zahlten die Staatsdiener nichts ein. Dies stimme so nicht, konterte Löw und nannte die Behauptung gar „eine Unverschämtheit“. Mit der Bürgerversicherung könne man alle einbinden: Arbeitnehmer, Beamte und Freie Berufe.

„Krankenversicherung und Rente sollen eine gemeinsame gesellschaftliche Leistung werden“, forderte Löw. Die Details dieses Themas seien sehr kompliziert, doch man müsse es im neuen Bundestag endlich mal angehen.

Ärger über Diesellauffäre

Wenig Geduld hatte auch ein Frager, der sich über die Machenschaften bei der Diesellauffäre ärgerte: „Herr Frei, warum schützt ihre Partei Betrüger?“ Es dürfe nicht sein, dass die Sammelklage für die deutschen Autofahrer sabotiert werde. Der so angesprochene CDU-Abgeordnete Frei nutzte dies als Vorlage zu einem kleinen Exkurs in das deutsche Rechtssystem, das eben ganz anders als das amerikanische sei. Bei uns würden die Verbraucher geschützt, während über dem Atlantik die Rechtsprechung nur den Reichen nütze. Im Dieselfall sei für die CDU der Vorschlag von Justizminister Heiko Maas nicht konsensfähig gewesen.

Muslima und deutsch

Sehr heftig und sehr emotional kam dann auch noch die deutsche Kultur in die Diskussion. „Deutschland ist christlich“, rief Sybille Schmiedel. Da habe der Islam nichts verloren. Überhaupt sei die CDU gar nicht mehr berechtigt, sich „christlich“ zu nennen. Dem widersprach Thorsten Frei. Vier Millionen Moslems in Deutschland seien eben eine Realität, aber sie seien nicht die prägende Kultur. Nach wie vor beziehe die CDU ihre Werte aus der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik. Die Zuhörerin Derya Türk-Nachbaur stellte gegenüber der aufgetragenen Diskussionsteilnehmerin klar, dass man sehr wohl deutsch und muslimisch sein kann: „Ich bin in Deutschland geboren, ich bin Muslima und fühle mich als Deutsche.“

Klage über kleine Rente

Neben der großen Politik gab es aber auch ganz persönliche Momente an diesem Abend. So beklagte sich ein Ruheständler bei den Politikern über seine magere Rente. Nur 600 Euro habe er und das nach „40 Jahren Arbeit“. Das könne doch nicht sein, meinte CDU-Abgeordneter Thorsten Frei und hörte sich nach dem offiziellen Ende der Veranstaltung die Nöte dieses kleinen Mannes noch im Zwiesgespräch an. Derweil zogen die Ängste vor der Atombewaffnung und die Wut auf die Dieselschummler zum Saal hinaus.



Manuel Arenas am Mikrophon von NECKARQUELLE-Redakteurin Anne Lenze (links). Interessiert verfolgt das Publikum die Diskussion zwischen Politikern und Bürgern.